

Diskriminierung im Jobcenter?

Wie beim Kampf gegen Sozialleistungsmissbrauch Betroffene zur Zielscheibe werden

Ein Feature von Sebastian Friedrich

Redaktion: Jens Brommann

Sound-Collage mit Politiker-Zitaten

Eine niedersächsische Kleinstadt im Oldenburger Münsterland – auf halber Strecke zwischen Oldenburg und Osnabrück. Das ist die neue Heimat einer jungen Frau aus Rumänien geworden. 2016 kam sie nach Deutschland und fing direkt in einer Fleischfabrik an. Der Job am Fließband sei zwar hart gewesen, aber wenigstens hatte sie Arbeit, sagt sie. Doch nach eineinhalb Jahren wurde ihr Vertrag nicht verlängert. Seitdem sucht sie eine neue Beschäftigung. Nach einem Jahr Arbeitslosengeld 1 hatte sie Anspruch auf Arbeitslosengeld 2. Dann aber fingen die Probleme an.

Rumänin: Ich habe hier gearbeitet, fast zwei Jahre, und dann habe ich immer Arbeit gesucht. Ich bin zu dem Vorstellungsgespräch gegangen, habe alle Arbeitsangebote wahrgenommen. Im Jobcenter wurde ich aber bei jedem Termin schlecht behandelt. Auch mir zustehende Leistungen wurden eingestellt. Das ist doch nicht normal. [„Nu este normal asa ceva“ freistehen lassen, wenn möglich] Ich habe die ganze Zeit Arbeit gesucht. Aber die Menschen im Jobcenter hatten ein Problem mit meiner ganzen Familie, weil auch eine Schwester von mir für eine sehr kurze Zeit Geld vom Jobcenter bekommen hatte. Die Sachbearbeiterin im Jobcenter sagte zu mir: Deine Familie ist hergekommen, um Geld vom Jobcenter zu bekommen? Sie fragte mich, warum wir nicht in unser Land zurückgehen und was wir hier in Deutschland zu suchen haben.

In Rumänien fand sie keine Arbeit. Auch weil sie als Romnija dort einer Minderheit angehörte, die sozial, materiell und politisch weitgehend marginalisiert ist. Um nicht vom Stehlen leben zu müssen, sei sie nach Italien gegangen. Dort arbeitete sie vor allem in der Gastronomie und baute sich ein neues Leben auf.

Als es auch dort immer weniger Arbeit gab, erzählt die Frau im schwarzen Hosenanzug, entschied sie sich nach Deutschland zu gehen. Um hier ihre Berufschancen zu verbessern, bat sie beim Jobcenter um einen Deutschkurs.

Doch den bekam sie nicht, stattdessen sollte sie einen sogenannten Zwei-Euro-Job machen. Ihre Arbeitsvermittlerin habe ihr unterstellt, sich nur an den Sozialleistungen bereichern zu wollen, sagt die junge Frau, die anonym bleiben möchte.

Rumänin: Ich habe der Frau gesagt: Ich bin in ein anderes Land gekommen, um hier zu arbeiten, nicht um das Jobcenter zu bestehlen. Und sie hat gesagt: Du willst doch nur das Geld hier haben, damit du dir ein Haus kaufen oder bauen kannst. Aber was soll ich denn mit dem wenigen Geld machen, das ich bekomme? Das reichte noch nicht einmal für mich aus. Am Ende des Monats musste ich mir immer Geld leihen. Die Sachbearbeiterin sagte 'Entweder du gehst für 2 Euro die Stunde arbeiten, oder du gehst hier weg, was willst du schon hier in diesem Land machen!'.

Das war im Frühjahr. Mittlerweile hat sie einen Teilzeitjob, muss aber weiterhin beim Jobcenter aufstockende Sozialleistungen beziehen. Sie hat außerdem nach einigem Hin und Her doch noch einen Deutschkurs bewilligt bekommen. Die Erlebnisse im Amt hallen aber in ihr noch nach.

Rumänin: Als ich da herausgekommen bin, hab' ich angefangen zu weinen. Sie hatte mir noch nicht einmal erlaubt, jemanden anzurufen, um zu übersetzen. Sie redete immer nur auf mich ein und dann hat sie mir die Papiere hingeschmissen, dass ich unterschreiben soll, für zwei Euro die Stunde zu arbeiten. Ich habe „Nein, nein“ gesagt, warum ich das denn tun sollte. Das ist doch Diskriminierung. Ich bin wie jeder andere Mensch auch, hab ich der Frau gesagt. Andere Staatsbürger dürften doch hier auch zur Schule gehen, sich integrieren, arbeiten wie jeder andere Mensch auch. Sie sagte wieder nur Nein, dass ich entweder für zwei Euro die Stunde arbeiten muss, und wenn nicht, sollte ich gehen.

Die junge Rumänin holte sich Unterstützung bei der ALSO, der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg. Seit den 1980er Jahren unterstützen sich in diesem Verein Erwerbslose und prekär Beschäftigte gegenseitig bei Problemen mit dem Arbeitgeber, dem Vermieter und den Ämtern. Mittlerweile nicht mehr nur in Oldenburg, sondern auch in den angrenzenden Landkreisen.

Seit fünf Jahren aktiv bei der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg ist Anda-Nicolae Vladu. Sie berät in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch und Rumänisch. Weil in der Region viele Menschen aus Rumänien leben und arbeiten, berät sie vor allem sie. Das, was die junge Rumänin berichtet, hört Nicolae-Vladu immer wieder.

Anda-Nicolae Vladu: Im Großen und Ganzen habe ich oft solche Beratungen, also nicht unbedingt im Speziellen, dass der Sprachkurs ganz konkret verwehrt wird, sondern dass allgemein den Leuten das Gefühl gegeben wird, sie hätten halt hier nichts zu suchen, also meinetwegen, wenn sie arbeiten, ist es ok, aber hier Leistungen bekommen, das ist eigentlich nicht gewollt.

Die Probleme begannen aber nicht erst im Gespräch mit der Arbeitsvermittlerin.

Anda-Nicolae Vladu: Viele Leute kommen ja gar nicht erst zu dem Punkt, einen Sprachkurs überhaupt zu verlangen, weil sie oft auch aufgrund der Sprache weggeschickt werden oder auch aufgrund von Begründungen, wie zum Beispiel, es muss erst einmal der Arbeitnehmerstatus geprüft werden oder die Arbeit, die sie gemacht haben, war keine echte Arbeit, oder sie haben zu wenig gearbeitet. Das passiert halt schon auch häufig, dass Leuten das Gefühl gegeben werden, sie haben eigentlich kein Anrecht.

Dabei haben sie Anspruch – unter bestimmten Umständen.

In den vergangenen Jahren ging es zwischen deutschem Gesetzgeber, Europäischem Gerichtshof und Bundessozialgericht immer wieder um die Frage, ob und wann EU-Bürger Anrecht auf deutsche Sozialleistungen haben. Die Regelungen wurden immer wieder verschärft und EU-Migranten immer mehr von deutschen Leistungsansprüchen ausgeschlossen. Nach jetzigem Stand müssen EU-Bürger nachweisen, dass sie eine Arbeit in Deutschland hatten – oder dass sie eine haben, von der sie aber nicht leben können.

Anda Nicolae-Vladu von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg sagt, dass die Zahl der Fälle, in denen Menschen aus Rumänien und Bulgarien verdächtigt werden, Sozialleistungen zu missbrauchen, in den vergangenen Monaten zugenommen hat.

Anda Nicolae-Vladu steht mit diesem Eindruck nicht allein da. Sozialberatungen unterschiedlicher Träger aus Hamburg, Berlin und Bremen haben ebenfalls die Erfahrung gemacht, dass Menschen aus Rumänien und Bulgarien besonders unter Betrugsverdacht stehen.

Ob Menschen aus Rumänien und Bulgarien tatsächlich häufiger als Deutsche Sozialleistungen missbrauchen, ist schwer zu überprüfen. Grundsätzlich sei die Anzahl der eingeleiteten Verfahren wegen des Verdachts auf Leistungsmissbrauch rückläufig, teilt die Bundesagentur für Arbeit auf Anfrage mit. Die Fallzahlen würden aus Gründen des Datenschutzes nicht nach Staatsangehörigkeit differenziert.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur verweist allerdings auf Daten aus der polizeilichen Tatverdächtigenstatistik. Demnach beträgt der Anteil von rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen an der Gesamtzahl der Verdachtsfälle von Sozialleistungsbetrug gerade einmal 3,4 Prozent. Damit sind Rumänen und Bulgaren nicht auffälliger als andere Ausländergruppen in Deutschland.--

Helga Spindler: Ganz allgemein muss das Jobcenter die Voraussetzungen prüfen und von da aus ist es nicht ungewöhnlich, dass man zu diesen Dingen befragt wird.

Sagt Helga Spindler, emeritierte Professorin für Sozialrecht an der Universität Duisburg-Essen. Prüfungen seien im Jobcenter zwar grundsätzlich Alltag.

Helga Spindler: Allerdings fällt auf, dass vor allen Dingen Rumänen und Bulgaren besonders intensiv befragt werden und dass sich da Leistungen sehr verzögern, obwohl wir Menschen haben, die am Arbeitsmarkt in Deutschland teilgenommen haben, gearbeitet haben und auch entsprechend richtige und korrekte Angaben zu ihren Arbeitsverhältnissen gemacht haben.

Seit Jahren geht es in der öffentlichen Debatte um angeblichen und tatsächlichen Leistungsmissbrauch immer wieder um Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Seit 2014 gilt in der EU auch für sie die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Bereits kurz vor dem Stichtag initiierte die CSU unter ihrem damaligen Chef Horst Seehofer eine Debatte um sogenannte Armutsmigration. Um Betrug zu verhindern, müsse man über die Aussetzung des Sozialleistungsbezugs nachdenken. Die kurze Formel lautete: „Wer betrügt, der fliegt“.

Auf der anderen Seite gibt es immer wieder Berichte über organisierten Leistungsmissbrauch. Stefan Sell, Professor für Sozialpolitik an der Hochschule Koblenz.

Stefan Sell: In den vergangenen Jahren gab es tatsächlich in einigen Hotspots der Zuwanderung Fälle von, ja, Sozialleistungsmissbrauch und das ist ne ganze Zeit lang, ja, nicht auf dem Schirm gewesen und jetzt gehen die Jobcenter verstärkt dagegen vor, aber das führt jetzt dazu, dass erst einmal alle Betroffenen gleichsam unter Kollektivverdacht gestellt werden und das ist besonders problematisch, weil das ist nichts weiter als ne Diskriminierung.

Diskriminierung – diesen Vorwurf erheben diverse Sozialberatungen in Deutschland. Einige von ihnen haben sich in dem Netzwerk „Europa in Bewegung“ zusammengeschlossen. Es setzt sich für existenzsichernde Leistungen für alle, die in Deutschland leben, ein.

Das Netzwerk verweist auf eine interne Arbeitshilfe des Jobcenters. Eine Abschrift der Arbeitshilfe tauchte vergangenes Jahr im Internet auf.

Mittlerweile gibt es eine aktualisierte Fassung. Der Titel: „Arbeitshilfe zur Bekämpfung von bandenmäßigem Leistungsmissbrauch durch EU-Bürger“. Auf dem Deckblatt ist in fetten, roten Buchstaben zu lesen: „Nur für den internen Dienstgebrauch“.

Auf 27 dicht beschriebenen Seiten gibt die Bundesagentur für Arbeit den Jobcentern Tipps, um organisierten Leistungsmissbrauch zu erkennen. Darin mehrfach genannt werden Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Stefan Sell sieht in der Arbeitshilfe deshalb eine Grundlage zur Ungleichbehandlung.

Stefan Sell: Das wird sehr sachlich beschrieben, was für Geschäftsmodelle dort an den Tag gelegt werden und dann wird daraus der Auftrag abgeleitet, das wollen wir jetzt verhindern und deswegen soll bei jedem dieser Staatsbürger dann eben eine vertiefende Prüfung, die nochmal weitaus intensiver abläuft als bei einem bitte in Anführungsstrichen normalen Kunden, der ins Jobcenter kommt und zum Beispiel aufstockende Leistungen beantragt.

Ein Beispiel aus der Arbeitshilfe - In einem Absatz geht es um die Zusammenarbeit mit dem Einwohnermeldeamt:

Arbeitshilfe: „Eine Möglichkeit, erste Hinweise auf bandenmäßigen Leistungsmisbrauch zu erhalten, können statistische Auswertungen des Einwohnermeldeamtes über den verstärkten Zuzug von Rumänen und Bulgaren sein.“

Sozialrechtlerin Helga Spindler sieht in den Formulierungen der Arbeitshilfe erst einmal keine unmittelbare Diskriminierung.

Helga Spindler: Die Arbeitshilfe differenziert schon. Erst wird immer gesagt, wenn diese Indizien vorhanden sind, muss weiter ermittelt werden. Allerdings ist es jetzt nur für den geschulten Juristen erkennbar, dass hier Einschränkungen gemacht werden. Die Arbeitshilfe ist dann so ausführlich, dass dem juristisch nicht so Geschulten dann diese Differenzen verloren gehen und er zur Sicherheit denkt, jetzt muss ich bei allen diese ganzen Ermittlungen anstellen. Deswegen halte ich sie für gefährlich, weil sie ist eben nicht für eine Sozialleistungsbehörde gemacht.

Die Arbeitshilfe sei in ihrer Gesamtschau zwar formal nicht diskriminierend, so Spindler. Mittelbar könne sie aber zu diskriminierendem Verhalten führen.

Die Bundesagentur für Arbeit sieht in der Arbeitshilfe für die Jobcenter keine Diskriminierung. Auch die Formulierung zum verstärkten Zuzug von Rumänen und Bulgaren sei kein Problem. Schriftlich teilt die Behörde bezugnehmend auf diese Stelle mit:

JobCenter: Die Arbeitshilfe liefert Hinweise zu Tatmustern bei bandenmäßigem Leistungsmisbrauch. Davon ist lediglich eine kleine Gruppe betroffen, bei der dann die Arbeitshilfe angewendet wird. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn in ein und derselben Wohnung mehrere Familien gemeldet sind und Leistungen beantragen.

Das Thema Wohnen – für Anda Nicolae-Vladu von der Arbeitslosenselbsthilfe in Oldenburg ein anderes gutes Beispiel, wie die Arbeitshilfe und die Praxis des Jobcenters an der Realität der Menschen vorbeigehen.

Anda Nicolae-Vladu: Ich habe zum Beispiel Tests gemacht. Die Person hat selber angerufen bei ner Wohnung. Ihr wurde gesagt, die Wohnung sei schon vergeben. Ich habe fünf Minuten später mit einem deutsch klingenden Namen angerufen. Da wurde ich zur Besichtigung eingeladen. Das ist nur ein Beispiel unter vielen.

Die Menschen, die sie beraten, bekämen nur sehr schwer für sie geeignete Wohnungen. Also bliebe ihnen oft keine andere Möglichkeit als zu Verwandten und Bekannten zu ziehen.

Anda Nicolae-Vladu: Außer diese baufälligen Wohnungen, wo es wirklich auch sehr schlechte Mietverträge gibt, die Leute dann tatsächlich pro Kopf-Miete zahlen anstatt pro Wohnung Miete zu zahlen. So ein Leistungsmissbrauch soll dann aufgedeckt werden. Aber es wird ja nicht zum Wohl der Menschen aufgedeckt, also die Menschen verlieren im besten Fall ihre Wohnung, ihre Wohnung, die total schlecht ist, aber die immer noch besser ist, als gar keine Wohnung zu haben.

Einer der bekanntesten Fälle von sogenanntem bandenmäßigen Leistungsmissbrauch spielte sich in Bremerhaven ab. Zwei Vereine berieten vor allem Menschen aus Bulgarien, damit diese Leistungen vom Jobcenter bekamen. Die Vereine vermittelten sie auch in Scheinarbeitsverhältnisse, damit die Ratsuchenden Anspruch auf Sozialleistungen erhielten. Doch nicht nur das: Die Vereine organisierten auch schlecht bezahlte Jobs und schlechte Wohnungen. Verwickelt war auch ein Bürgerschaftsabgeordneter der SPD.

Die Bremische Bürgerschaft berief einen Untersuchungsausschuss ein, um den Vorwürfen auf den Grund zu gehen. Der über 200-Seiten lange Abschlussbericht offenbart Konturen eines dichten Netzes aus Vereinen, Vermietern von billigen Immobilien und Arbeitgebern, die Menschen zu widrigen Arbeitsbedingungen ausbeuten.

Vorsitzender dieses Untersuchungsausschusses war Nelson Janßen. Der junge Abgeordnete für Bremerhaven ist Mitglied der Linksfraktion.

Nelson Janßen: Wir können schon aus dem Untersuchungsausschuss feststellen, dass hier Strukturen aufgebaut worden, die auch die Menschen in Abhängigkeitsverhältnisse gedrängt haben. Das heißt wir haben ganz oft Doppelstrukturen zwischen Arbeitgebern und Vermietern, die Personen identisch sind, zwischen den Vereinen und den Arbeitgebern gibt es zumindest höchstwahrscheinlich Beziehungen und wir konnten auch aus Berichten von Betroffenen feststellen, dass es miserable Arbeitsbedingungen und Wohnbedingungen gab, die keinen gesetzlichen Standards gerecht geworden sind.

Der Abschlussbericht benennt einen florierenden Tagelöhnermarkt, bei dem von zahlreichen Verstößen gegen den Mindestlohn oder den Kündigungsschutz auszugehen ist. Einige Arbeitnehmer sollen für vier Euro die Stunde bis zu 16 Stunden am Tag gearbeitet haben. Im Zentrum sollten also nicht die Leidtragenden stehen, meint Janßen.

Nelson Janßen: Also eigentlich brauchen wir einen Perspektivwechsel, der auch die Profiteure dieses Systems in den Blick nimmt und das sind halt oft Vermieter und Arbeitgeber in dem Spektrum und die müssten in den Fokus genommen werden und ernsthaft versucht werden diesem Problem zu begegnen, statt ständig weiter den Druck zu erhöhen, die hier in einem Ausbeutungsverhältnis sind.

Letztlich profitieren von diesen Praktiken auch größere Firmen, die über Subunternehmen und Leiharbeitsfirmen an billige Arbeitskräfte kommen. Das Geflecht aus Vermietern von Schrottimmobilien, zwielichtigen Vereinen, skrupellosen Leiharbeitsfirmen lässt sich nicht fein säuberlich trennen von den großen Unternehmen zum Beispiel der Baubranche oder der Fleischindustrie. Gerade dort werden über Subsubunternehmer immer wieder Menschen zu geringen Löhnen und befristet angestellt - bei Missachtung von Arbeitsrechten.

Sozialwissenschaftler Stefan Sell von der Hochschule Koblenz warnt deshalb davor, das Problem auf den Bezug von Sozialleistungen zu verengen.

Stefan Sell: Wir sind tatsächlich konfrontiert mit einer ausdifferenzierten Ausbeutungsindustrie in diesem Bereich. Und es gibt ja auch Branchen, in denen die Bulgaren und die Rumänen arbeiten zu teilweise entwürdigenden Bedingungen und mieser Bezahlung, aber dahinter stehen ja Profiteure und die müssen ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gezogen werden, deren Geschäftsmodelle müssen mindestens genauso deutlich verfolgt werden, wie man jetzt die einzelnen Menschen, die ganz unten stehen, da in die Mangel nimmt.

Sound-Collage mit Politiker-Zitaten

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z. B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autoren zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.